



---

## Haushalts- und Finanzausschuß

28. Sitzung (nicht öffentlich)

28. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.05 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenografen: Michael Endres, Günter Labes-Meckelnburg

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Drucksachen 12/1200, 12/1390 (1. Ergänzung), 12/1550 (2. Ergänzung) und 12/1570 (3. Ergänzung)

Vorlagen 12/901 bis 12/918, 12/922, 12/979, 12/990, 12/1043 bis 12/1046, 12/1052, 12/1064 und 12/1078

1

Der Ausschuß führt zunächst eine Grundsatzdebatte. Danach werden die Einzelpläne behandelt.

*(Hinweis: Es werden nur die Einzelpläne, zu denen eine Aussprache stattfindet, im Protokoll dargestellt.)*

Einzelplan 01 - Landtag	5
Einzelplan 04 - Justizministerium	6
Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung	7
Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung	8
Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	10
Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr	13
Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	14
Einzelplan 12 - Finanzministerium	24
Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen	26
Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	26
Haushaltsgesetz 1997	27
<b>2 Beteiligungskapitalfonds NRW, mehr Kapital für zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze</b>	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/1482	27

Der Ausschuß kommt überein, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie eine gemeinsame Sitzung vorzuschlagen und in deren Rahmen ein Gespräch mit Fachleuten zu diesem Thema zu führen.

Seite

**3 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1449

28

Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

*(kein Diskussionsteil)*

**4 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 12/944

28

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 12/944 ohne Diskussion zur Kenntnis.

*(kein Diskussionsteil)*

**5 Aufhebung der Sperre bei Kapitel 15 820 Titel 685 60****- Orchesterförderung -**

Vorlage 12/1063

28

Mit Zustimmung aller Fraktionen beschließt der Ausschuß die Aufhebung der Sperre bei Kapitel 15 820 Titel 685 60 gemäß § 36 Satz 2 in Verbindung mit § 22 Satz 3 LHO in Höhe von 250 000 DM.

Seite

**6 Verschiedenes**

- a) **Unterlagen zum zusätzlichen Tagesordnungspunkt "Bürgschaftsfall" in der nächsten Ausschußsitzung** 29
  
- b) **Auseinandersetzung zwischen WestLB und Privatbanken** 30

\*\*\*\*\*

Die Berichterstattergespräche hätten ergeben, merkt **Vorsitzender Leo Dautzenberg** an, daß der Einzelplan 08 schon einen Ansatz enthalte, der durchaus diese Finanzierungsgrundlagen biete und eine Finanzierung für anhängige Fälle bereits zulasse. Er halte es für gut, mit den Privaten zu reden, von denen eine Kapitaleinbringung erwartet werde.

**3 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1449

*(siehe Beschlußteil)*

**4 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 12/944

*(siehe Beschlußteil)*

**5 Aufhebung der Sperre bei Kapitel 15 820 Titel 685 60  
- Orchesterförderung -**

Vorlage 12/1063

**Vorsitzender Leo Dautzenberg** erinnert daran, daß der Haushaltsausschuß in seiner letzten Sitzung bei Titel 685 60 die Entsperrung von 250 000 DM von einer erneuten Vorlage der Landesregierung abhängig gemacht habe. Das Finanzministerium habe mit der Vorlage 12/1063 einen ergänzenden Bericht vorgelegt. Der Kulturausschuß habe gestern dieses Thema behandelt und der Entsperrung mit der Empfehlung einstimmig zugestimmt, diese Mittel der Philharmonia Hungarica zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Bei dieser Gelegenheit äußert der Vorsitzende die Auffassung, es habe sich herausgestellt, daß sowohl die Tischvorlage als auch die erste Einlassung des Ministeriumsvertreters in der letzten Haushalts- und Finanzausschußsitzung nicht zulässig gewesen sei. - **Reinhold Trinius (SPD)** widerspricht dieser Wertung und Darstellung.